

Basel liegt im Dreiländereck und unsere Region ist wirtschaftlich, sozial und kulturell eng verzahnt mit Deutschland und Frankreich. Als Grenzregion sind wir jeweils stark betroffen von Abkommen im Umgang mit anderen Staaten. Eindrücklich wurde dies während der Pandemie aufgezeigt, als an den Landesgrenzen in der Region wieder Kontrollen durchgeführt wurden und die Grenzen teilweise geschlossen wurden. Solche Grenzschiessungen haben erhebliche wirtschaftliche Folgen für die Region Basel. Allein in den Kanton Basel-Stadt pendeln über 34'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die im Ausland wohnen und in Basel arbeiten.

Am 15. Mai stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über einen Ausbau des Schweizer Engagements bei der Grenzschutzagentur Frontex ab. Ein NEIN würde nach einer Frist von 90 Tagen vermutlich den Ausschluss aus dem Schengenraum bedeuten. Von diesem Szenario ist die Grenzregion Basel besonders hart betroffen und Basel-Stadt als Zentrum der Region am allermeisten. Dazu stellt die Interpellantin folgende Fragen:

1. Wie würde sich ein Schengen-Ausschluss in Bezug auf die Grenzgängerinnen und Grenzgänger auswirken?
2. Ist ein Grenzübertritt nach einem Ausschluss aus Schengen für Freizeitaktivitäten weiterhin problemlos möglich?
3. Was wären weitere Folgen für die Bevölkerung, die Sicherheit und die Wirtschaft Basels, falls das Schweizer Stimmvolk die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands am 15. Mai ablehnt?
4. Teilt der Regierungsrat die Auffassung der Interpellantin, dass Basel-Stadt von dieser Abstimmung im besonderen Masse betroffen ist und wie ist die Haltung des Regierungsrats zur eidgenössischen Vorlage «Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BBl 2021 2333)»?
5. Wie engagiert sich der Regierungsrat zu diesen Fragestellungen im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz?

Andrea Elisabeth Knellwolf